

HEIMAT GESTALTEN – PROGRAMM FÜR LEBENDIGE LÄNDLICHE RÄUME

VORGELEGT VON VOLKER BOUFFIER, HERMANN GRÖHE,
REINER HASELOFF, JULIA KLÖCKNER UND STEFAN MAPPUS

Der ländliche Raum ist uns wichtig

Ländliche Räume sind ein unverzichtbarer und starker Teil Deutschlands. Etwa jeder zweite Deutsche wohnt in den Dörfern und Städten des ländlichen Raums. Zugleich sind ländliche Regionen wichtige Wirtschaftsstandorte. Neben Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sind viele Handwerks- und Gewerbebetriebe hier ansässig. Von unseren insgesamt 3,5 Millionen Wirtschaftsbetrieben befindet sich der überwiegende Teil in den Gemeinden und Mittelstädten in der Fläche. Darunter sind hochindustrielle Betriebe, die sehr leistungsfähig, zum Teil sogar Weltmarktführer sind. Auch Branchen der Zukunft, wie z. B. die erneuerbaren Energien, haben ihren Standort im ländlichen Raum.

Die ländlichen Regionen sind unsere Natur- und Erholungsräume. Sie sind das Reservoir natürlicher Ressourcen. Sie versorgen die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, guter Luft, Wasser und nachwachsenden Rohstoffen. Sie leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag für das Leben in den Ballungsgebieten. Mit einem Anteil von nahezu 80 Prozent der Fläche und unzähligen schönen und eindrucksvollen Landschaften prägen sie das Gesicht unseres Landes. Die ländlichen Gebiete sind untrennbar mit der Identität unserer Nation verbunden. Sie machen Heimat aus!

Untersuchungen zeigen immer wieder, dass die Menschen im ländlichen Raum mit ihren Lebensumständen zufrieden sind. Die Landbevölkerung ist mit ihrer Region meist stark verwurzelt, die Bindung an die Familie ist eng und die Wohneigentumsquote hoch. Ein großer Vorteil ländlicher Regionen sind funktionierende Nachbarschaften und das gute Miteinander von Jung und Alt. Ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe, Genossenschaften und andere vielfältige Formen bürgerschaftlichen Engagements haben gerade im ländlichen Raum eine lange Tradition.

Dennoch stehen die ländlichen Räume vor großen Herausforderungen. Neben den schnell fortschreitenden wirtschaftlichen Strukturwandel tritt immer stärker der demografische Wandel. Er trifft den ländlichen Raum früher und härter als die städtischen Ballungsräume, deren Geburtendefizit oft noch durch Zuzug ausgeglichen wird. Die Bevölkerung in den Kleinstädten und Landgemeinden hingegen nimmt seit rund zehn Jahren deutlich ab; im Osten schneller als im Westen, aber auch dort werden die Folgen immer spürbarer. Gerade strukturschwache und dünn besiedelte Regionen haben zunehmend Schwierigkeiten, eine

sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung und die soziale und technische Versorgungsinfrastruktur auf einem ausreichenden Niveau zu sichern. Sie laufen Gefahr, abgekoppelt zu werden. Sie kämpfen mit einem Mangel an wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen, dem Wegzug von jungen Menschen und dem Rückzug von privaten und öffentlichen Dienstleistungen. Vielerorts sind bereits Geschäfte, Post und andere Einrichtungen verschwunden, die ärztliche Versorgung ist bedroht. Der wachsende Leerstand von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden wird zu einer neuen Herausforderung. Diese Entwicklungen führen zu einem Rückgang der Einnahmen der Städte und Gemeinden und begrenzen deren Handlungsspielräume. Andererseits sind ländliche Räume voller Entwicklungspotenziale und zum Teil in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung auch krisenfester als Ballungsräume.

Unser Ziel bleiben lebendige ländliche Räume.

Wir wollen, dass der ländliche Raum auch in Zukunft seinen Bewohnern eine gute Heimat ist. Die Menschen sollen dort auch morgen noch ein gutes und chancenreiches Leben führen können und die Potenziale der Regionen genutzt werden. Durch gezielte Anpassungsschritte kann eine von rückläufiger Bevölkerungsentwicklung betroffene Region neue Perspektiven entwickeln. Hier wollen wir ansetzen.

Gerade jungen Menschen und Familien wollen wir eine Perspektive bieten. Genauso aber muss die Versorgung älterer, weniger mobiler Menschen gewährleistet sein. Das erfordert Mut zur Zukunft und zu neuen Lösungen.

Auf Veränderungen in der Bevölkerungsdichte und -struktur müssen wir mit einer Anpassung der Versorgungsinfrastruktur und neuen Initiativen der sozialen Arbeit in allen Generationen und gesellschaftlichen Gruppen reagieren. Initiativen im ländlichen Raum müssen verstärkt themenübergreifend erfolgen. Dafür brauchen wir eine Querschnittspolitik, die über Ressorts hinweg entwickelt wird.

Wo liegen neue Wirtschaftschancen, wie lassen sich Versorgung, Gesundheit, Pflege und Verwaltung so organisieren, dass Qualität, Erreichbarkeit und Bezahlbarkeit gleichzeitig gewährleistet sind? Wie sehen tragfähige und moderne Bildungs-, Infrastruktur- und Mobilitätskonzepte im ländlichen Raum aus? Wie können ländliche Gemeinden bestmöglich kooperieren?

Dies sind einige der Herausforderungen, für die wir Lösungen brauchen. Von unseren Antworten hängt in hohem Maße die Zukunft der Regionen ab. Für die CDU steht bei allen politischen Maßnahmen die Orientierung an den Menschen, ihren Bedürfnissen und ihrer Lebensqualität im Fokus.

Unsere Leistungen für den ländlichen Raum können sich sehen lassen.

Die CDU ist fest im ländlichen Raum verwurzelt. Wir sind die Kommunalpartei, die sich vor Ort um die Belange der Menschen kümmert. Alle CDU-geführten Flächenländer haben passgenaue Entwicklungsprogramme für ihre ländlichen Regionen. Und seitdem die CDU auf Bundesebene in Regierungsverantwortung steht, haben die ländlichen Räume auch in der Bundespolitik wieder einen Stellenwert.

Die Bundesregierung hat ein Handlungskonzept zur Entwicklung der ländlichen Räume vorgelegt, das u. a. Vorschläge und Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, zur Sicherung von Angeboten der Daseinsvorsorge, zum lebensbegleitenden Lernen, zur Bewahrung und nachhaltigen Nutzung des Naturkapitals und zur Stärkung der Partnerschaften zwischen Städten und Gemeinden enthält. Zusammen mit den Ländern und Kommunen arbeiten wir aktiv an der Umsetzung.

Die Infrastruktur im ländlichen Raum hat von den Konjunkturprogrammen der CDU-geführten Bundesregierung in der Finanzkrise stark profitiert. Das Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ist mit besonderer Berücksichtigung strukturschwacher ländlicher Regionen erweitert worden. Über die „Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK) wird die ländliche Entwicklung mit Maßnahmen der Dorferneuerung, des ländlichen Wegebbaus, der Förderung von Nahwärmenetzen und Breitbandanschlüssen sowie der Investitionen der landwirtschaftlichen Betriebe unterstützt. Im letzten Jahr ist das neue Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ sehr erfolgreich gestartet.

Zehn Punkte-Programm für lebendige ländliche Räume

Wir wollen die ländlichen Räume bei der Suche nach Lösungen unterstützen und die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Deshalb haben wir ein Zehn-Punkte-Programm für lebendige ländliche Räume entwickelt, das wir als Richtschnur für die politisch Verantwortlichen sehen. Für die Umsetzung und Realisierung sind wir auf das gute Zusammenspiel zwischen den Verantwortungsträgern auf den verschiedenen politischen Ebenen angewiesen. Deshalb richtet sich das Programm nicht nur an den Bund, sondern auch an die Verantwortlichen in Europa, in den Ländern und Kommunen.

1. Handlungsfeld Förderung – Für aktive Regionen

Wir werden die Interessen der ländlichen Räume in Deutschland sowohl in der nationalen Raumordnungspolitik als auch bei der Fortentwicklung der Förderinstrumente der EU wirksam vertreten. Wir sorgen für eine ausgewogene und gleichwertige Verteilung von Infrastrukturmitteln.

Unser Leitbild bleibt eine Entwicklung, die wirtschaftliches Wachstum, Lebensqualität und intakte Umwelt als Einheit versteht und deshalb alle Maßnahmen daran ausrichtet, diese Ziele gemeinsam zu erreichen.

Wir wollen dazu die Förderung in Zukunft besser koordinieren und auf diesem Weg sicherstellen, dass dem Querschnittscharakter der Aufgabe ausreichend Rechnung getragen wird. Angesichts der Unterschiede zwischen den ländlichen Räumen ist aber ein breites Spektrum an Instrumenten nötig. In manchen Regionen gibt es starke wirtschaftliche Netzwerke, andere wiederum sind von Abwanderung, Geburtenrückgang und sinkender Wirtschaftskraft betroffen. Deshalb sind individuelle Lösungen gefordert.

Die Entwicklungsimpulse müssen aus den Regionen selbst kommen. Eine Region ist dann erfolgreich, wenn sich die Menschen vor Ort einsetzen. Dazu wollen wir sie ermutigen. Wir sehen die Aufgabe der Politik auf europäischer, Bundes- und Landesebene darin, die Entfaltung der Potenziale in den Regionen zu ermöglichen und zu unterstützen.

Die ländlichen Regionen müssen klare Profile, Ziele und Kompetenzen entwickeln, um die vielfältigen Chancen und Handlungsspielräume u. a. durch Fördermöglichkeiten und innovative IT-Lösungen zu nutzen. Es darf nicht allein um das Ausschöpfen von Fördertöpfen gehen, sondern um die Lösung von Problemen und die Entwicklung regionaler Potenziale. Dabei spielen Ideenwettbewerbe, die auf Eigeninitiative und innovative Lösungen setzen, wie „Unser Dorf hat Zukunft“ und „Menschen und Erfolge“, eine wichtige Rolle.

Wir werden in Zukunft verstärkt Regionalbudgets und Regionalfonds einsetzen, die den Regionen Freiheit für maßgeschneiderte Lösungen vor Ort lassen und gleichzeitig überörtliche Kooperationen und Absprachen zur festen Voraussetzung für eine Unterstützung machen.

Damit die Förderung noch zielgerichteter auf zukünftige Entwicklungen ausgerichtet wird, wollen wir regionale Demografie-Checks zur Regel machen. Mit diesen werden die demografischen Veränderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte in einer Region prognostiziert und eine dazu passende ideale Infrastruktur entworfen.

Mit der Differenzierung von Fördersätzen zwischen Ballungs- und ländlichen Räumen können Standortnachteile ausgeglichen und gezielt Impulse für eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung gesetzt werden.

2. Handlungsfeld Wirtschaft und Arbeitsplätze – Für neue Chancen

Eine von Mittelstand, Handwerk, Land-, Forst- und Ernährungsbetrieben geprägte Wirtschaft sowie der Tourismus sind das Rückgrat der Entwicklung im ländlichen Raum. Diese Basis wollen wir weiter stärken und neue Bereiche entwickeln, die den ländlichen Regionen Impulse und Zukunftsperspektiven geben. Das sind zum Beispiel Dienstleistungen, wie neuartige Pflege- und Betreuungskonzepte, und der Ausbau und die dezentrale Nutzung von erneuerbaren Energien.

Wir setzen auf neue Dienstleistungen.

Mit dem steigenden Bedarf personaler Dienstleistungen eröffnen sich neue wirtschaftliche Tätigkeitsfelder und berufliche Chancen, z. B. Pflege, Kinderbetreuung und Seniorendiens-

te. Für den Ausbau dieser Dienstleistungsbereiche werden wir günstige Rahmenbedingungen schaffen, Investitionen fördern und die spezifische Weiterbildung und Qualifikation ausbauen. Wir werden kommunale und regionale Konzeptionen und Modellprojekte konsequent unterstützen. Den Start von Existenzgründern werden wir durch die entsprechende Förderung sowie mit Informationsbörsen und regionalen Netzwerken zwischen Kommunen, Kammern, regionaler Kreditwirtschaft sowie Wirtschafts- und Sozialverbänden erleichtern.

Wir werden die Chancen erneuerbarer Energien für den ländlichen Raum nutzen.

Erneuerbare Energien sind weltweit auf Wachstumskurs. Bei ihrer Nutzung kommt dem ländlichen Raum eine strategische Bedeutung zu. Er ist Lieferant von erneuerbaren Energien, bietet Raum für die Nutzung von Wind- und Sonnenkraft und die Produktion von Bioenergie. Gute Voraussetzungen gibt es auf dem Land für kleine dezentrale Energiegewinnungsanlagen.

Wir werden die Energiekompetenz des ländlichen Raums stärken und die Voraussetzung für den Ausbau erneuerbarer Energien weiterhin positiv gestalten. Schließlich profitieren Landwirte, Handwerk und viele mittelständische Unternehmen. Unser Ziel ist, mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien die regionale Wertschöpfung zu steigern. Mit Wettbewerben wie „Bioenergie-Regionen“ und „Bioenergie-Dörfer“ sowie mit der Förderung von Wärmenetzen und Leitungen haben wir schon wichtige Impulse gesetzt. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz bietet gute und verlässliche Investitionsbedingungen. Bei seiner Weiterentwicklung werden wir die unterschiedlichen Interessen im ländlichen Raum berücksichtigen.

Wir schaffen gute Rahmenbedingungen für den Landtourismus.

Der ländliche Raum hat enorme touristische Potenziale. Er ist reich an Kulturgütern, Sehenswürdigkeiten, Traditionen, Bräuchen und reizvollen Landschaften. Diese ziehen zahlreiche Touristen an, über zwei Millionen Gäste machen jährlich „Urlaub auf dem Bauernhof“. Der ländliche Raum ist idealer Standort für Aktiv- und Wellnessurlaube und ebenso für Kultur- und Genussreisen mit dem Anspruch eines sanften und naturnahen Tourismus.

Wir wollen, dass die Tourismuswirtschaft im ländlichen Raum ihre Potenziale ausschöpft und neue Gästegruppen gewinnt. Die Bundesregierung wird deshalb eine Tourismuskon-

zeption für den ländlichen Raum erstellen. Wir unterstützen die abgestimmte Entwicklung und Durchsetzung von aussagekräftigen Qualitätsstandards und Gütesiegeln, den Ausbau der touristischen Infrastruktur auf dem Land, einschließlich regionaler und überregionaler Wander- und Radwege, Erlebnisangebote und Lehrpfade, sowie die aktive Vermarktung des Landtourismus im In- und Ausland. Wir wollen darauf hinwirken, dass die Qualifikation der ländlichen Tourismuswirtschaft durch Aus- und Weiterbildung kontinuierlich weiterentwickelt wird mit den Schwerpunkten Fremdsprachenkompetenz, betriebswirtschaftliche Kenntnisse sowie Servicequalität und Marketing.

Die CDU bekennt sich zu National- und Naturparks und dem Erhalt einer intakten Kulturlandschaft durch Vertragsnaturschutz. Sie bieten die Grundlage für einen sanften naturnahen Tourismus. Ebenso unterstützen wir die Kommunen und Regionen beim Aufbau von Kulturkonzeptionen. Wir wollen vermehrt Kulturstiftungen für ein Engagement auf dem Land gewinnen. Damit fördern wir die Präsentation von Festivals, Ausstellungen und Kunstsammlungen in ländlichen Regionen.

Wir stärken regionale Wertschöpfungsketten und fördern verlässlich den Mittelstand.

Der ländliche Raum ist nach wie vor ein guter Produktionsstandort. Vielfach sind mittelständische und industrielle Betriebe des produzierenden Gewerbes mit ganz unterschiedlichen Produkten ein starker Anker.

Unser Ziel ist es, die regionale Wertschöpfung weiter zu erhöhen. Die Regionen müssen ihre spezifischen wirtschaftlichen Stärken nutzen. Es gilt, sie durch Netzwerkbildung von Zulieferern, Produzenten, Dienstleistern und Ausbildungseinrichtungen konsequent zu entwickeln und nach außen zu vermarkten.

Der ländliche Raum ist als Wirtschaftsstandort für viele Betriebe attraktiv, weil sie hier hoch motivierte Mitarbeiter finden, die sich mit dem Unternehmen meist stark identifizieren. Die Partnerschaft zwischen Unternehmen und Belegschaft ist gerade auf dem Land lebendig. Das ist ein positiver Wettbewerbsfaktor. Gleichzeitig haben die Unternehmen es oft schwer, hoch qualifizierte Fachkräfte aus städtischen Regionen zu gewinnen. Bei dieser Aufgabe wollen wir sie unterstützen durch passgenaue Informationen über die sogenannten weichen Standortfaktoren der Lebensqualität, über Wohn-, Bildungs-, Freizeit- und Kulturangebote und vor allem über die Angebote für junge Familien.

Um die Wirtschaftskraft in ländlichen Regionen nachhaltig zu stärken, richten wir die Wirtschaftsförderung verstärkt auf mittelständische Unternehmen aus. Besonders wichtig sind Hilfestellungen bei der Markterschließung – vor allem von Exportmärkten –, Initiativen zur Verbesserung der Kapitalausstattung und zur Finanzierung von Investitionen und Innovationen, die Förderung von Kooperationen sowie Beiträge zur Lösung von Problemen bei der Unternehmensnachfolge. Die Schaffung von verlässlichen Rahmenbedingungen, mittelstandsfreundlichen Vergabevorschriften und der Abbau von Bürokratie sind für uns Auftrag und Daueraufgabe. Die CDU bekennt sich dabei zu regional verankerten Kreditinstituten und den Erhalt des mehrgliedrigen Bankensystems, insbesondere der Sparkassen- und Genossenschaftsbanken. Sie sind unverzichtbar zur Sicherung der Kredit- und Liquiditätsversorgung der klein- und mittelständischen Unternehmen.

Wir stehen verlässlich zur Land- und Ernährungswirtschaft.

Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sind wichtige und standorttreue Wirtschaftskräfte. Ihre Erlöse fließen zuvorderst den ländlichen Räumen und regionalen Wirtschaftskreisläufen zu. Sie haben zudem unverzichtbare ökologische Funktionen und pflegen die Kulturlandschaft. Auch die Ernährungswirtschaft, die zu den fünf großen Industriebranchen in Deutschland zählt, hat ihre Standorte auf dem Land. Wir werden diese Basis der ländlichen Wirtschaft deshalb weiterhin mit Nachdruck unterstützen.

Bei den Verhandlungen um die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union setzen wir uns für die Absicherung des Modells der multifunktionalen Landwirtschaft ein, den Erhalt der landwirtschaftlichen Direktzahlungen und der Förderung von Investitionen, Umwelt- und Klimaschutz. Landwirtschaft muss zudem in benachteiligten Gebieten, in Grünland-, Berg- und Mittelgebirgsregionen eine verlässliche Perspektive haben. Das gilt insbesondere für die Milchwirtschaft.

Landwirtschaftliche Tierhaltung, Vermarktung und Verarbeitung haben erhebliche Wertschöpfungspotenziale. Wir setzen uns dafür ein, dass Ställe und Verarbeitungsbetriebe unter Beachtung des Umwelt- und Tierschutzes und eingepasst in das regionale Landschaftsbild genehmigt werden. Sie brauchen aber auch die Akzeptanz der Bürger vor Ort. Die Gemeinden müssen Nutzungskonflikte vermeiden und den Bau größerer Anlagen steuern. Dafür werden wir auch die planungsrechtlichen Verfahren weiter überprüfen.

Landwirte und Ernährungswirtschaft fordern wir auf, frühzeitig den Dialog mit der örtlichen Bevölkerung zu suchen.

Wir wollen den Landwirt als ländlichen Unternehmer stärken. Landwirte tragen durch die Übernahme neuer Tätigkeiten zur Diversifizierung und Stabilisierung sowohl ihrer Betriebe als auch der regionalen Wirtschaftsstruktur bei. So ist die Weiterverarbeitung und Direktvermarktung für viele landwirtschaftliche Betriebe eine gute Ertragsquelle. Weitere Beispiele sind soziale Dienstleistungen wie hauswirtschaftliche Fachservices und Seniorenhöfe, Landschaftspflege, die Entwicklung neuer Produkte und die Erzeugung von Bioenergie und nachwachsenden Rohstoffen zur stofflichen Verwertung. Dafür muss auch die Umnutzung ehemaliger landwirtschaftlicher Gebäude möglich bleiben.

3. Handlungsfeld Breitband –

Für den flächendeckenden Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen

Die Breitbandversorgung ist heute eine entscheidende Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg und Lebensqualität im ländlichen Raum. Nahezu alle Ansiedlungsentscheidungen hängen vom Zugang zum schnellen Internet ab. Die neuen Kommunikationsmöglichkeiten müssen den Menschen im ländlichen Raum genauso zur Verfügung stehen wie in den Städten.

Wir treiben die flächendeckende Versorgung mit Infrastruktur für ein schnelles Internet massiv voran. Bis 2014 sollen mindestens 75 Prozent der Haushalte mit einer Übertragungsrate von 50 Megabit pro Sekunde versorgt sein. So sieht es die von uns unterstützte Breitbandstrategie der Bundesregierung vor.

Wir haben noch eine große Aufgabe vor uns: Derzeit sind noch zahlreiche Haushalte in Deutschland, besonders auf dem Land, nicht einmal mit einer Geschwindigkeit von einem Megabit je Sekunde versorgt. Um die bisher noch nicht versorgten Gebiete unseres Landes flächendeckend mit leistungsfähigem Breitband zu erschließen und den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen zu beschleunigen, setzen wir genauso auf Funk- wie auf Festnetzinfrastruktur. Wichtig ist, dass die weißen Flecken schnell geschlossen werden, um die Informationstechnologie und deren wirtschaftliche Chancen in vollem Umfang auch im ländlichen Raum nutzen zu können.

Wir schlagen die sogenannte „Digitale Dividende“, die aus den freigewordenen Rundfunkfrequenzen entstanden ist, prioritär dem ländlichen Raum zu. Die Unternehmen, die im Mai 2010 die freien Frequenzen aus der Umstellung auf digitalen Rundfunk ersteigert haben, müssen zunächst kleine Gemeinden versorgen. Sie müssen in die mit Breitband unterversorgten ländlichen Gebiete investieren, die die Bundesländer aufgelistet haben. Um die Leistungsfähigkeit dieses mobilen Breitbandnetzes weiter zu erhöhen, sollen die Länder weitere Rundfunkfrequenzen zur Verfügung stellen und hierfür eine angemessene Kompensation vom Bund erhalten („Digitale Dividende“ II).

Angesichts der zu erwartenden Entwicklung der Datenmengen streben wir mittelfristig den flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes oder gleichwertiger technologischer Lösungen an. Hierbei müssen vor allem Gewerbegebiete in den Fokus gesetzt werden. Das neue Telekommunikationsgesetz soll den Unternehmen stärkere Anreize für Investitionen in Breitbandnetze bieten und ihnen, z. B. durch längere Regulierungszyklen, eine angemessene Verzinsung des eingesetzten Kapitals ermöglichen.

Wir wollen, dass die vielfältigen Synergien beim Infrastrukturausbau durch die Mitnutzung von Leerrohren und Infrastrukturen der Verkehrs-, Energie- und Wasserwirtschaft, der Telekommunikation noch besser genutzt werden.

In benachteiligten Regionen werden wir weiterhin Breitbandanschlüsse fördern. Dafür stehen Mittel in den Bund-Länder-Programmen und von der EU zur Verfügung. Wir werden die Information hierüber weiter verbessern und fordern Bürgermeister, Landräte und Wirtschaftsförderer auf, die Initiative zu ergreifen und die Fördermaßnahmen zu nutzen.

4. Handlungsfeld Medizin –

Für mehr Landärzte und gut versorgte Patienten

Der Erhalt einer guten flächendeckenden medizinischen Versorgung ist unverzichtbar. Die Verschiebung in der Altersstruktur der Patienten, rückläufige Bevölkerungszahlen und fehlende medizinische Absolventen machen es zunehmend schwieriger, geeignete Nachfolger für Arztpraxen im ländlichen Raum zu finden. Für uns steht aber fest: Eine Medizin zweiter Klasse im ländlichen Raum darf es nicht geben!

Wir werden die Initiativen gegen den Ärztemangel auf dem Land fortführen und die Strukturen so gestalten, dass die Bevölkerung gut versorgt bleibt. Das erfordert eine Kooperation aller Verantwortlichen. Bund, Länder, Kommunen, Krankenkassen, kassenärztliche Vereinigungen und Krankenhausträger müssen zusammenarbeiten. Die ambulante medizinische Versorgung muss sichergestellt werden. Dazu kann auch eine engere Verzahnung mit Krankenhäusern sowie Rettungsdienst und Notfallversorgung erforderlich sein.

Wir wollen, dass es für Mediziner wieder attraktiv wird, den Arztberuf in der Fläche zu ergreifen. Die bereits beschlossenen Zu- und Abschläge in der ärztlichen Vergütung für über- bzw. unterversorgte Gebiete müssen konsequent umgesetzt werden. Niederlassungswillige Ärzte sollen in ländlichen Regionen attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen vorfinden. Dazu gehört auch, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

In den CDU-geführten Ländern gibt es bereits zahlreiche Initiativen. So haben z. B. die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Stipendienprogramme für Medizinstudenten initiiert, die sich nach der Ausbildung in unterversorgten Gebieten niederlassen wollen. Baden-Württemberg wird Medizinstudenten unterstützen, die ein Praxisjahr in einer Allgemeinpraxis auf dem Land absolvieren. Sowohl auf Länder- wie auf kommunaler Ebene gibt es zudem zahlreiche Förderungen, die Landärzten bei der Praxisgründung helfen. In Hessen gibt es beispielsweise das Bürgerschaftsprogramm zur Unterstützung junger Ärzte auf dem Land. In Sachsen sind die Sanierung und Ausstattung von Arztpraxen wie auch die Mehrkosten für die Ausstattung von Fahrzeugen für medizinische Dienstleistungen feste Bestandteile des Förderprogramms „Integrierte Ländliche Entwicklung“. Ähnliches gilt für Baden-Württemberg und andere CDU-geführte Länder.

Wir werden zudem die Zulassungsbedingungen für das Medizinstudium (Anerkennung von Berufs- und Ausbildungserfahrung in anderen medizinischen Berufen, Landarztquote) überprüfen und streben eine bessere Vorbereitung im Studium auf die Tätigkeit als Allgemeinmediziner und Landarzt an. Ebenso wird die Schaffung attraktiver Weiterbildungsmöglichkeiten und –verbünde helfen, Hürden abzubauen, die junge Ärzte derzeit von der Übernahme einer Landarztpraxis abhalten. Bürokratische Auflagen in der Medizin sind nicht zuletzt auch im Interesse des ländlichen Raums zu minimieren, damit Ärzte wieder mehr Freiräume für ihre eigentliche Tätigkeit erhalten.

Zur Sicherung der ambulanten Versorgung streben wir flexiblere Strukturen an. Vor allem muss die Bedarfsplanung so reformiert werden, dass die Zuschnitte der Versorgungsgebiete zielgenauer sind. In dünn besiedelten Gebieten gilt es, mit Unterstützung der Kommunen Arztstationen einzurichten, in denen Mediziner unterschiedlicher Fachrichtungen abwechselnd ihre Sprechstunde abhalten können.

Grundsätzlich soll die ambulante medizinische Versorgung auch zukünftig durch freiberufliche Haus- und Fachärzte erfolgen. Wo eine flächendeckende Versorgung gefährdet ist, müssen die kassenärztlichen Vereinigungen jedoch Eigeneinrichtungen betreiben. Stationäre und ambulante Versorgung müssen zudem besser vernetzt werden.

Die Chancen der Telemedizin gilt es, im ländlichen Raum verstärkt zu nutzen, und für die in zahlreichen Modellversuchen – z. B. Teleschwester, Gemeindegeschwister AgnES – erprobte Delegation medizinischer Assistenzleistungen wollen wir verbindliche und dauerhafte Regelungen schaffen.

Rettungsdienste und Notfallversorgung müssen auf dem Land gewährleistet sein. Über die in vielen Regionen notwendige Neuorganisation der Notfallversorgung müssen sich vor allem die Ärzte untereinander einigen.

Die Krankenhausversorgung ist geprägt von Trends der Spezialisierung, der Fusionen und Kooperationen. Für eine flächendeckende Versorgung werden wir Portalkliniken und Versorgungszentren verlässlich unterstützen. Zur stationären Versorgung in z. T. weiter entfernten Spezialkliniken kommt heute der wohnortnahen Nachsorge eine größere Bedeutung zu. Wir sprechen uns deshalb dafür aus, gesundheitspolitische Gesamtkonzepte für ländliche Räume zu erarbeiten, bei denen Krankenhäuser, Haus- und Fachärzte, Kurzzeitpflege usw. einbezogen sind.

5. Handlungsfeld Mobilität – Für eine gute Verkehrsanbindung

Der ländliche Raum braucht gute Verbindungen. Die Bevölkerung muss flächendeckend und bezahlbar Einrichtungen der Daseinsvorsorge, wie Krankenhäuser, Schulen, Banken,

Post sowie Einkaufsmöglichkeiten für Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs, erreichen können.

Wir werden den ländlichen Raum beim Ausbau und der Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur weiterhin berücksichtigen und den Straßenbau fortsetzen. Dabei hat die Anbindung der ländlichen Räume an die großen Verkehrsachsen (Straße wie Schiene) und die wirtschaftlichen Zentren eine besondere Priorität, weil wir auf diesem Weg die gewünschten Impulse für eine bessere wirtschaftliche Vernetzung zwischen den Regionen befördern.

Wir werden den Öffentlichen Personenverkehr (ÖPNV) bedarfsgerecht weiterentwickeln und seine Finanzierung sicherstellen. Unser Ziel bleiben wohnortnahe Anbindungen für die Menschen in den ländlichen Räumen.

Angesichts des Rückgangs der Einwohner- und Schülerzahlen bei gleichzeitiger Zunahme älterer Menschen ist es jedoch notwendig, den ÖPNV vielerorts erheblich umzugestalten. Die sich immer stärker aufsplitternden Mobilitätswünsche lassen sich gerade in dünner besiedelten Regionen immer weniger mit dem klassischen Linienverkehr organisieren. Moderne Konzepte des öffentlichen Personenverkehrs auf dem Land arbeiten stärker anlassbezogen und individuell.

Für die Anbindung entlegener Orte werden wir deshalb den Ausbau neuer Transportformen, wie z. B. Seniorentaxen, Bürger- und Anrufbusse, internetgestützte Mitfahrmöglichkeiten sowie kombinierte Angebote mit Elektrofahrrädern und entsprechenden Ladestationen, forcieren. Es geht darum, vor allem Kinder, Jugendliche und ältere Bürger nach individuellem Wunsch oder gesammelt für bestimmte Anlässe, wie Arzt- oder Theaterbesuche, zum Zielort zu bringen. In diesem Rahmen werden wir Formen des ehrenamtlichen Engagements – wie Mitfahrangebote und koordinierte Nachbarschaftsfahrten – fördern. Wir werden prüfen, ob durch Bund und Länder gesetzlich vorgeschriebene Standards und Verfahren, z. B. im Personenbeförderungsgesetz, die Erprobung und Einführung von alternativen Angebotsformen behindern.

6. Handlungsfeld Nahversorgung – Für Bürger- und Verbraucherfreundlichkeit

In vielen kleineren Gemeinden gibt es heute nicht mehr genügend Lebensmittelläden, Poststellen, Apotheken und Dienstleister. Hier fördern wir private Initiative! Durch das Engagement der Bürger können Initiativen für Dorfläden und Markttreffs entstehen, die gleichzeitig Kommunikations- und Dienstleistungsort, Poststelle, Café, Hol- und Bringdienst, Apothekenservice, Reinigung, Lebensmittel- und Drogeriehandel in einem sind. Im Rahmen von Modellprojekten, durch direkte Beteiligung der Kommunen, die Übernahme der Plan- und Beratungskosten, die Bezuschussung von Mieten und baulichen Investitionen oder die Bereitstellung von günstigen Räumlichkeiten werden derartige Bürgerinitiativen schon heute wirksam erprobt und gefördert. Ebenso unterstützen wir mobile Nahversorger, wie z. B. rollende Bankfilialen, Verkaufsläden oder Bücherbusse. Über funktionierende Projekte und Initiativen werden wir verstärkt überregional informieren. Die Gründung von Genossenschaften kann hier eine wichtige Rolle spielen.

Noch intakte Einzelhandels- und Versorgungsstrukturen wollen wir sichern und ihre Attraktivität steigern. Dazu gilt es vor allen Dingen, die Grundzentren zu starken Nahversorgungsstandorten auszubauen. Sie müssen gut an den ÖPNV angeschlossen sein. Für Autos und in Zukunft auch für e-Mobile sollten ausreichend Parkmöglichkeiten und Aufladestationen vorhanden sein.

7. Handlungsfeld Bildung – Für gleichwertige Schulen und eine gute Aus- und Weiterbildung

Nirgendwo machen sich die Veränderungen bei den Geburtenzahlen so stark bemerkbar wie im Bildungsbereich in den ländlichen Räumen. Dennoch bleibt unser Ziel ein differenziertes und für jeden Schüler gut erreichbares Schulangebot mit vielfältigen Übergangsmöglichkeiten. Mit der konsequenten Verwirklichung des Grundsatzes „Kein Abschluss ohne Anschluss“ wollen wir Jugendlichen im ländlichen Raum den bestmöglichen Bildungsweg eröffnen.

Angesichts der Stabilität und Vorhersagbarkeit des Rückgangs der Schülerzahlen in vielen ländlichen Regionen muss eine gewisse Konzentration auf zukunftsfähige Schulstandorte

erfolgen. Hier sind die Kommunen und Schulträger gefordert, vernünftige Schulnetzplannungen zu erstellen. Dabei wollen wir uns an folgender Richtschnur orientieren:

Bei den Grundschulen halten wir am Prinzip der Wohnortnähe und kurzen Wege fest. Dabei werden wir Kooperationsmöglichkeiten mit örtlichen Kindertagesstätten und den Schulen der Sekundarstufe I nutzen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Einrichtung von Bildungshäusern in Baden-Württemberg für Drei- bis Zehnjährige mit fast 200 Standorten in der Fläche. In diesen Häusern wird nicht nur der frühe Bildungsweg der Kinder nach individuellen Bedürfnissen gestaltet, in ihnen können auch kleine Bibliotheken eingerichtet werden und Sprechstunden von Sozialpädagogen stattfinden.

Für uns gibt es keine Denkverbote. Unser Ziel ist der bestmögliche Bildungseinstieg für die Kinder. Deshalb wollen wir dort, wo der demografische Wandel die Schülerzahlen drastisch zurückgehen lässt, die Zulassung kleiner Grundschulen prüfen. Diese erfordern ein anderes pädagogisches Konzept, können dann aber einen ebenso guten Bildungserfolg leisten.

Bei den weiterführenden Schulen hat für uns ein differenziertes Angebot für die unterschiedlichen Begabungen und Interessen einen hohen Stellenwert. Dies setzt eine Mindestgröße an Schülerzahlen voraus, die nicht immer am Wohnort gegeben ist. In diesen Fällen muss ein leistungsfähiger Schultransport sichergestellt sein. Gleichzeitig werden wir im ländlichen Raum die Ganztagsangebote ausbauen. Dabei wollen wir die Möglichkeiten, die die zahlreichen Vereine und nachbarschaftlichen Strukturen bieten, für den Nachmittagsbereich nutzen.

Wir wollen die regionalen Bildungseinrichtungen und -angebote untereinander gut vernetzen und die Ressourcen bündeln. Dafür sind gemeinsame Bildungsbüros, die „Regionale Bildungslandschaften“ koordinieren und so für optimale Bildungswege vor Ort sorgen, hilfreich. Die Bundesregierung fördert mit den „Lernenden Regionen“ und „Lernen vor Ort“ bereits Netzwerke im Bereich der Weiterbildung, die auf die Schulen ausgedehnt werden könnten. Den digitalen Medien kommt bei der Vernetzung eine besondere Bedeutung zu. Länder, Kreise und Kommunen, Eltern, Ausbildungsbetrieb und Arbeitsagenturen, Wirtschaft und Arbeitnehmer müssen eingebunden werden, um ganzheitliche regionale Bildungsstrategien zu entwickeln.

Wir setzen uns dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler sich schon während der Schulzeit intensiv mit den regionalen Wirtschaftsstrukturen, mit Beschäftigungschancen und mit regionalen Qualifizierungsangeboten vertraut machen können. Zudem werden wir das Übergangsmanagement von Schule in Ausbildung verstärken. Schülerfirmen schaffen hier Begeisterung für Selbständigkeit und geben Selbstvertrauen für Eigeninitiative.

Beim Ausbau von Hochschulen, insbesondere Fachhochschulen und Berufsakademien, werden wir den ländlichen Raum berücksichtigen. Dies gilt vor allem dort, wo es korrespondierende Wirtschaftszweige gibt.

In der Wissensgesellschaft gewinnt lebenslanges Lernen immer mehr an Bedeutung. Die Rahmenbedingungen dafür wollen wir auch auf dem Land verbessern. Unser Ziel ist es, ein flächendeckendes Angebot an Weiterbildung zu sichern durch Beratungsnetzwerke, Berufsbildungsstätten, Volkshochschulen und ländliche Heimvolkshochschulen, regionale Fach- und Hochschulen, Abendgymnasien und berufsbildende Schulen. Die Vernetzung von Einrichtungen schafft Synergien und ermöglicht einen wirtschaftlichen Betrieb.

8. Handlungsfeld Lebenswelten –

Für Lebensqualität von Familien, jungen Menschen und Senioren

Wir wollen, dass sich die Menschen im ländlichen Raum wohlfühlen und sich mit ihrer Heimat identifizieren. Dafür muss es auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Angebote und Teilhabemöglichkeiten geben.

Wir unterstützen Familien.

Die Vorteile, die das Landleben für Familien haben kann – bezahlbarer Wohnraum, Naturnähe, Zusammenhalt – wollen wir durch die nachhaltige Förderung junger Familien voll zum Tragen bringen.

Ziel der CDU ist es, die Wahlfreiheit in der Kindererziehung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im ländlichen Raum ebenso zu gewährleisten wie in den städtischen Ballungsgebieten. Alle Arbeitgeber wollen wir deshalb für die Einführung von möglichst flexiblen Arbeitszeiten gewinnen und in den kommunalen Verwaltungsbereichen mit gutem Beispiel vorangehen. Ebenso gilt es, die Öffnungszeiten für die Kinderbetreuungseinrich-

tungen flexibel zu gestalten und schon in der Grundschule eine verlässliche Unterrichts- und Betreuungszeit zu gewährleisten. Ganztagsangebote werden wir weiter bedarfsgerecht ausbauen.

Wir stehen dazu, dass Eltern überall in Deutschland ab 2013 einen Rechtsanspruch für die Betreuung von Kindern ab dem vollendeten ersten Lebensjahr erhalten. Neben Kindertagesstätten spielen auf dem Land die Tagesmütter eine wichtige Rolle. Ihre Qualifikation werden wir gezielt ermöglichen.

Gerade auf dem Land entscheiden sich viele Eltern dafür, ihre Kinder in den ersten Lebensjahren zu Hause selbst zu betreuen. Auch ihr Familienmodell hat unseren Respekt und unsere Unterstützung. In ländlichen Gegenden übernehmen zudem oft Großeltern, Verwandte und Nachbarn große Verantwortung in der Kinderbetreuung und verdienen höchste Anerkennung.

Wir werden die Bedürfnisse von Familien und Frauen verstärkt in den Entwicklungsprogrammen für den ländlichen Raum berücksichtigen. Dies bedeutet z. B., dass Frauen als Gründerinnen auch für kleinere Projekte Förderungen und Zugang zu Finanzierungen erhalten. Zusammen mit der Wirtschaft wollen wir zudem verstärkt auf die Entwicklung von Arbeitsplätzen im Sozial- und Dienstleistungsbereich hinarbeiten, in dem Frauen sehr oft eine Qualifikation haben.

Wir geben der Jugend Perspektiven und Beteiligungsmöglichkeiten.

Für die Zukunft der ländlichen Räume ist die Jugend entscheidend. Unser Ziel ist es, die Bindungen der Jugendlichen an Dorf und Region zu stärken. Deshalb wollen wir jungen Menschen schon früh die Möglichkeit eröffnen, sich in ihre Dörfer und Regionen einzubringen und an Entwicklungsprozessen zu beteiligen. Sie sollen erfahren, dass es auf dem Land einfacher ist mitzugestalten und etwas zu verändern.

Wir unterstützen die Vereine, die eine aktive Jugendarbeit leisten. Gerade die Landjugendverbände spielen für die Gemeinschaft der Jugendlichen eine große Rolle. Die Bundesregierung fördert ihre Bildungsarbeit aus den Mitteln des Kinder- und Jugendplans. Sie haben unsere volle Unterstützung. Dasselbe gilt für die Jugendverbände der Kirchen, der demokratischen Parteien und der örtlichen Vereine. Sie alle leisten wichtige Arbeit.

Jugendliche brauchen ausreichende Sportmöglichkeiten. Intakte Sportstätten sind deshalb ebenso unverzichtbar wie die Sportvereine. Sie helfen Jugendlichen bei einer sinnvollen Freizeitgestaltung und zur Anerkennung in der dörflichen Gemeinschaft. Sie sind ein starker Faktor für die Herausbildung der regionalen Identität und leisten Beiträge für die Integration von Kinder und Jugendlichen und deren Gesundheit.

In dünner besiedelten Gebieten ist bei der Jugendarbeit viel Flexibilität gefragt. Deshalb unterstützen wir gemeindeübergreifende Kooperationen, die Vernetzung von Jugend- und Seniorenhilfe und Projekte der mobilen Jugendarbeit.

Es ist erklärtes Ziel der CDU, durch Engagement und Prävention die Ausbreitung extremistischen Gedankenguts unter den Jugendlichen zu verhindern. Dabei stehen wir gegen Links- wie Rechtsextremismus gleichermaßen. Während aber linksautonome Gruppen eher in Städten anzutreffen sind, gibt es immer wieder Versuche des Rechtsradikalismus, sich auf dem Land zu etablieren. Dagegen setzen wir uns zur Wehr mit einer aktiven Förderung von Schulprojekten und gemeinnützigen Einrichtungen, wie z. B. Jugendhäusern, ebenso wie durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Sportvereinen, Kirchengemeinden und Jugendverbänden. Für uns gilt: Im Kampf gegen den Extremismus sind die aktive Bürgergesellschaft, aber keinesfalls andere Extremisten die richtigen Partner.

Wir schaffen attraktive Angebote für Senioren.

Die CDU steht für ein aktives Leben der Senioren in den ländlichen Regionen. Senioren haben viele Ideen und Lust, sich in das Gemeinschaftsleben einzubringen. Viele wollen sich ehrenamtlich engagieren und etwas zum Gelingen der Dorfgemeinschaft beitragen. Dieses Angebot nehmen wir gerne an. Der Zusammenhalt der Menschen und der Generationen kann davon besonders profitieren. Er soll ein besonderes Markenzeichen der Dörfer und Kleinstädte bleiben. Dafür werden wir den Austausch zwischen Jung und Alt weiter intensivieren.

Bei der Entwicklungsplanung werden wir die besonderen Bedürfnisse von älteren Menschen an Mobilität, Gesundheits-, Pflege- und Serviceeinrichtungen berücksichtigen. Durch altengerechte Wohnformen, Mehrgenerationenhäuser und ein an den Interessen und Fähigkeiten älterer Menschen ausgerichtetes Freizeit- und Weiterbildungsangebot wollen wir dafür sorgen, dass der ländliche Raum ein attraktiver Lebensraum für ältere

Mitbürgerinnen und Mitbürger bleibt. ÖPNV-Angebote und Fahrzeiten müssen stärker auf die Bedürfnisse älterer Menschen ausgerichtet werden. Zudem gilt es, Seniorentaxen und Bringdienste einzurichten.

Wir wollen die Pflegeeinrichtungen im ländlichen Raum ausbauen, einschließlich der Kurzzeit- und Tagespflege. Ehrenamtliche Unterstützung, private Dienstleistungen und öffentliche Hilfen werden wir in den Kommunen wirkungsvoll vernetzen.

9. Handlungsfeld Ehrenamt – Für eine aktive Bürgergesellschaft

Zu den Stärken des ländlichen Raums zählt, dass viele Bürger ehrenamtlich aktiv sind. Durch ihr Engagement gestalten sie das Gemeinwesen in den Dörfern und Kleinstädten und sorgen für den gemeinschaftlichen Zusammenhalt.

Nur das freiwillige Engagement der Bürger sichert in vielen ländlichen Regionen die Erfüllung kommunaler Aufgaben, die Nahversorgung, die Seniorendienste sowie vor allem den Katastrophen- und Brandschutz. Wer sich in der Freiwilligen Feuerwehr, beim Technischen Hilfswerk, in Netzwerken der Nachbarschaftshilfe – z. B. bei der Organisation von Fahrdiensten, im Einkaufsdienst für Senioren, in der Betreuung von Kindern oder Pflegebedürftigen – sowie in der Jugendarbeit, im Naturschutz und der Kultur-, Traditions- und Denkmalpflege engagiert, verdient größten Respekt. Die zahlreichen Sport-, Kultur- und Musikvereine sind zudem ein wesentlicher Faktor für das Selbstbewusstsein und für die Kultur im ländlichen Raum.

Die CDU ist der Partner des Ehrenamtes. Wir würdigen und unterstützen ehrenamtliches Engagement und Vereine in höchstem Maße. Von staatlicher Seite haben wir in den letzten Jahren bereits die Anerkennung im Steuerrecht verbessert und den Versicherungsschutz für Ehrenamtliche erweitert. Zusammen mit Schulen und Wirtschaft wollen wir einen Rahmen schaffen, der bürgerschaftliches Engagement fördert. Gerade für Leistungen, die dem Gemeinwohl direkt zugute kommen, werben wir in den Schulen und örtlichen Betrieben. Vermehrt wollen wir dafür junge Frauen ansprechen und gewinnen, denn sie haben z. B. im aktiven Dienst der Jugendfeuerwehren nur einen Anteil von 11 Prozent.

Angesichts der sinkenden Bevölkerung und dem damit zunehmend spürbar werdenden Mangel an Nachwuchskräften in vielen freiwilligen Hilfs- und Katastrophenschutzeinrichtungen wollen wir die Kommunen und Träger verstärkt für gemeindeübergreifende Kooperationen gewinnen. Wir überprüfen Standards und Verwaltungsaufgaben, die das Ehrenamt heute zunehmend belasten, auf deren Effizienz und Notwendigkeit.

Ehrenamtliches Engagement ändert sich im ländlichen Raum zunehmend. Viele Menschen wollen sich heute weniger langfristig an Institutionen binden, sondern engagieren sich viel öfter in Projekten, die auf ihre Lebenssituation und ihr Lebensumfeld zugeschnitten sind. Diese neue Form des Ehrenamtes und der Bürgergesellschaft braucht neue Strukturen. Gerade der CDU ist der Aufbau von Freiwilligenagenturen und -zentren, Senioren- und Jugendfreiwilligenbüros, Kompetenzteams und Qualifikationsnachweisen fürs Ehrenamt ein besonderes Anliegen. Wir begrüßen, dass etliche Länder, Kreise und Kommunen Ehrenamtskarten einführen.

Neuen Schwung in das Ehrenamt bringen generationenübergreifende und integrative Engagementprojekte. Damit können bisher nicht aktive Einwohner, Junge, Ältere und Bürger mit Migrationshintergrund gezielt für ihre Heimat gewonnen werden.

10. Handlungsfeld ländliche Kommunen – Für Dörfer mit Zukunft

Unser Ziel sind lebendige Dörfer und aktive städtische Zentren im ländlichen Raum.

Angesichts der demografischen Realitäten muss in vielen Regionen ein Bewusstseinswandel einsetzen. Der Weg geht weg vom quantitativen hin zum qualitativen Siedlungswachstum. „Zurück in die Dorfkerne, Verhinderung von Zersiedlung“ ist die richtige Devise für ein vitales dörfliches Leben, für beherrschbare Kosten und effizienten Umweltschutz im ländlichen Raum. Wir setzen auf die Innenentwicklung in den Dörfern und Kleinstädten und ein effizientes Bestandsmanagement. Historische Bauwerke und kulturelle Besonderheiten gilt es dabei zu erhalten und nach außen sichtbar zu machen. Die dörflichen und kleinstädtischen Siedlungsstrukturen werden wir so gestalten, dass sie das Für- und Miteinander fördern. Die Bürger, junge wie ältere, brauchen Orte der Zusammenkunft. Mit

der Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern werden für alle Alterstufen Räume der Begegnung und des Austauschs geschaffen.

Die Kirche im Dorf ist uns sehr wichtig. Wir erkennen die Anstrengungen der christlichen Kirchen an, unter veränderten, vielfach erschwerten Bedingungen ihre seelsorgerischen Aufgaben in der Fläche zu erfüllen. Dort, wo die Kirchengebäude nicht mehr im bisherigen Umfang genutzt werden, setzen wir uns dafür ein, sie mit dem Engagement der Menschen als Zentren des gemeindlichen Lebens zu erhalten.

Viele Gemeinden im ländlichen Raum mit räumlich getrennten Ortsteilen und Streusiedlungen haben pro Einwohner höhere finanzielle Belastungen, die sich vor allem aus Bau und Unterhalt der Infrastruktur ergeben. Es müssen hierfür möglichst günstige Lösungen gefunden werden, damit die Kosten bei einer rückläufigen Bevölkerung getragen werden können und es nicht zu sich gegenseitig verstärkenden Effekten kommt. Wir unterstützen deshalb die ländlichen Räume bei der Entwicklung dezentraler Systeme und bei der Nutzung alternativer Technologien zu Energie-, Wasserver- und Abwasserentsorgung.

Wir wollen die Chancen der interkommunalen Zusammenarbeit nutzen. Unser Ziel ist es, eine gesunde Balance zu finden zwischen einem produktiven Wettbewerb und sinnvoller Zusammenarbeit und Zusammenschlüssen in ländlichen Gebieten. Die Möglichkeiten der interkommunalen Kooperation reichen von der Zusammenarbeit der Verwaltung, über den Betrieb sozialer Einrichtungen wie Infrastrukturanlagen, Kläranlagen, Schwimmbädern bis hin zur Ausweisung von Gewerbegebieten. Durch Bündelung von Potenzialen in den Regionen kann ein gut erreichbares, vielfältiges und qualitativ hochwertiges Angebot für die Bürger gewährleistet werden. Die interkommunale Zusammenarbeit unterstützen wir durch Anreize bei der Förderung sowie durch Informationen über rechtliche Rahmenbedingungen, Ansprechpartner und Modelle.

In der Möglichkeit, von vorgegebenen Standards abweichen zu können, sehen wir eine Chance, den Regionen den Gestaltungsspielraum zu geben, den sie für einen erfolgreichen Anpassungsprozess brauchen. Sie brauchen Kompetenzen, um die Fragen vor Ort lösen zu können. Unser föderales System bietet hier Vorteile, die zentralistische Staaten nicht haben. Beim Aufbau Ost haben wir gesehen, wie erfolgreich beispielsweise das Bundesverkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz den Aufbau einer neuen Infrastruktur unter-

stützt hat. Das Standardöffnungsgesetz in Mecklenburg-Vorpommern, bzw. sein Nachfolger, das kommunale Standarderprobungsgesetz, ist ein gelungenes Beispiel dafür, wie Regionen neue Spielräume bei der Anpassung an den demografischen Wandel gewinnen können.

Die Kommunalfinanzen sind der Schlüssel für eigenständiges und ortsspezifisches Handeln. Nur leistungsfähige Kommunen können den Strukturwandel aktiv mitgestalten und tragfähige Lösungen für die vielschichtigen und lokal sehr unterschiedlichen Probleme entwickeln. Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs in den Bundesländern werden wir die Interessen der ländlichen Regionen und ihre Bedürfnisse berücksichtigen. Neben der Sicherung der Einnahmen gehört zur Stabilisierung der kommunalen Finanzen ebenso eine stetige Auf- und Ausgabenkritik.

Wir wollen, dass die Verwaltung in den Kommunen gleichermaßen bürgerfreundlich wie kostengünstig bleibt. Dabei gilt es, die Möglichkeiten der elektronischen Verwaltung im ländlichen Raum konsequent zu nutzen. Zahlreiche Online-Portale, in denen rund um die Uhr Behördenangelegenheiten erledigt werden können, der weitere Ausbau der einheitlichen Behördennummer 115 und mobile Bürgerbüros sind wichtige Schritte auf dem Weg zu einer neuen Verwaltungskultur. Zudem müssen nicht in jeder Gemeinde komplizierte und seltene Verwaltungsvorgänge selbstständig bearbeitet werden. Kommunen können durch gemeinsame Dienstleistungszentren Kosten sparen, die Qualität steigern und trotzdem vor Ort für den Bürger mit Ansprechpartnern präsent bleiben.

Stand 14.3.2011